V. b. b. Erster Jahrgang · Nr. 3 · Preis 20 Groschen · 6 Seiten stark

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Oesterreich: vierteljährig Schilling 2·40, halbjährig Schilling 4·50, ganzjährig Schilling 8·50 / Polen: vierteljährig Zloty 3·— Tschechoslowakei: vierteljährig Kc. 12·— / Deutschland: vierteljährig Mark 1·50 / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schweizer Franc 2·40

Wien, Freitag, den 9. Juni 1933
וינה, ביום ו׳, ט׳ו סיון תרצ״ג
Redaktion und Administration: **Wien, 9., Berggasse 16 - Telephon A-17-5-40** - Postsparkassenkonto B-11.035

JABOTYNSKI über seine organisatorischen Maßnahmen. Siehe Seite 3!

Ein Geheimnis, das zu lüften ist...

Wir erhalten von einer hervorragenden Persönlichkeit der revisionistischen Weltunion folgende Zuschrift, der wir gerne Raum geben.

In der Wiener „Neuen Welt" erschien vor einiger Zeit eine von Oberbaurat Robert Stricker unterzeichnete „Erklärung", in der vom Präsidenten der Weltunion der Zionisten-Revisionisten V. Jabotinsky gesagt wird, er gehe zum Zionistenkongreß nur mit der Absicht, diesen zusammen mit der revisionistischen Fraktion demonstrativ zu verlassen:

Demgegenüber können wir die folgenden Worte des Präsidenten zitieren, die in seinem Artikel „Das Schicksal des Revisionismus" (Warschauer „Moment", 26. März, Seite 3), der unmittelbar nach der Parteiratssitzung in Kattowitz geschrieben wurde, zu lesen sind.

Jabotinsky schrieb: Worin besteht dasjenige, was „alle Revisionisten wollen?" Hier darf er (der Gründer und Präsident der Union) sich keine Illusionen machen: ob es ihm gefällt oder nicht, heute wollen alle Revisionisten — oder beinahe alle mit nur ganz kleinen Ausnahmen — zum 18. Zionistenkongreß gehen; und dies ernsthaft — nicht mit der Absicht, sich zu „scheiden", auch nicht einer leeren Manifestation wegen, die ihre Kraft zeigen soll, sondern mit der Absicht, die Zionistische Organisation zu verbessern, den Einfluß der Judenstaats-Bewegung durchzusetzen und noch einmal den Versuch zu machen, in der Zionistischen Exekutive eine entscheidende Rolle zu erlangen.

„Das ist also das ‚Mandat'. Der Mann, dem es gegeben wurde, mußte jetzt ehrlich betrachten und ehrlich entscheiden, ob er seelisch imstande sei, es anzunehmen. Wie gesagt, ehrlich! Nimmt er es an, so bedeutet das, daß er sich in den Dienst seiner Parteigenossen zu stellen hat, genau in jenem Sinne, wie sie es meinen.

Er hat nun beschlossen, es anzunehmen und es ehrlich anzunehmen. Was die eigenen Gefühle auch sprechen mögen, er wird sich bemühen, die Partei in jenem Sinne zu leiten, wie es die überwiegende Mehrheit heute will: die alte Zionistische Organisation aus der Lage zu retten, in die sie durch die Hegemonie des Kleinzionismus und des Klassenkampfes gebracht wurde, noch einmal zu versuchen, den entscheidenden Einfluß des Judenstaats-Gedankens durchzusetzen, zu diesem Zwecke Verbündete unter den anderen freundlichen Richtungen zu suchen und alle Revisionisten ohne Ausnahme, wie die jüdischen Massen überhaupt, aufzufordern, unsern Sieg zu sichern".

So hieß es wörtlich im genannten Artikel, der nicht irgendwo in einem unbekannten Blatt zu lesen war, sondern in der großen Zeitung, wo Woche für Woche die Aufsätze Jabotinskys erscheinen. Es ist keineswegs anzunehmen, daß Herr Oberbaurat Stricker gerade diesen Artikel nicht gelesen habe, diese erste ausführliche Erklärung des Präsidenten, am vierten Tage nach der Suspendierung der alten Leitung. Wenn Stricker behaupten will, diesen Artikel doch nicht gelesen zu haben, so werden wir ihm Glauben schenken, aber hinzufügen müssen, daß es ein grober Verstoß gegen die politische gute Sitte ist, über die „Absichten" eines Gegners zu sprechen, ohne sich die Mühe gegeben zu haben, diese Absichten kennen zu lernen.

Hat aber Stricker diesen Artikel doch gelesen (was uns und allen angesichts jener erregten Nach-Kattowitz-Tage viel wahrscheinlicher erscheint), was bedeutet dann seine obenerwähnte Erklärung? Will er die Aufrichtigkeit Jabotinskys bezweifeln? Ist es eine neue Variation des Ausdruckes „Zwiuth" (Heuchelei), der im ersten Aufruf der suspendierten Herren erschienen war?

Wenn dem so ist, wie können dann die Herren noch verlangen, man solle mit ihnen Verhandlungen führen?

Es wäre sehr interessant, wollte Herr Oberbaurat Stricker seinen Lesern dieses Geheimnis lüften.

Deutsche Judenfrage und die Völkerbundligen

Voller Erfolg der jüdischen Delegation

Montreux, 6. Juni.

Der hier tagende Kongress der Völkerbundligen befaßte sich in einer eingehenden Debatte mit der Lage der Juden in Deutschland. Den Anlaß hiezu gaben zwei Resolutionen der jüdischen Delegation aus Palästina, von denen die eine einen scharfen Protest gegen die antijüdischen legislativen Maßnahmen Deutschlands enthält, die andere ist an die Adresse des Völkerbundes gerichtet, von dem eine spezielle Aktion zur Ermöglichung von Einwanderungserleichterungen nach Palästina und zur Beschaffung von Finanzmitteln für eine großzügige Kolonisation verlangt wird.

Die jüdische Delegation, die Leo Motzkin, Dr. Mossinsohn und Dr. Feinberg für Palästina, Emil Margulies und Frau W. Schmolka für die Tschechoslowakei und Dr. Jsidor Margulies für Österreich repräsentieren, mußte einen scharfen Kampf gegen die deutsche Delegation führen, die nicht mehr wie sonst von Graf Bernstorf, sondern von Dr. Schnee geführt wird. Die deutsche Delegation setzte alle Hebel in Bewegung, um die jüdischen Resolutionen und somit auch die Judendebatte aus den Agenden des Kongresses herauszunehmen.

Die französische Delegation unterstützte die Bemühungen der jüdischen Vertreter, so daß sich schließlich eine eingehende Aussprache entwickelte, deren Charakter eine scharfe Verurteilung der antijüdischen Haltung Deutschlands war.

An dieser Aussprache nahm für die englische Delegation die Nichte Lord Balfours Dugdale, für die französiche Borel, für die tschechoslowakische Baxa teil. Reden dieser Persönlichkeiten gipfelten in der mit Betonung vorgebrachten Auffassung, daß das deutsche Judenproblem keine interne deutsche Angelegenheit, sondern ein Gegenstand des Weltgewissens sei. Der deutsche Vertreter Dr. Schnee, der sich sichtlich unbehaglich fühlte, versuchte darzulegen, daß die Entwicklung der Angelegenheit der Juden in Deutschland noch nicht abgeschlossen sei, daß die Maßnahmen gegen die Juden in seinem Lande nur provisorischen Charakter trügen und daß schließlich die deutschen Juden keine Minderheitsrechte in Anspruch nehmen wollen.

Ihm erwiderte in überaus temperamentvoller Weise Leo Motzkin namens der Juden. Motzkin forderte den Kongreß auf, die antijüdischen Maßnahmen Deutschlands zu verurteilen. Zum Schluß hielt noch der Engländer Mander eine warm empfundene Rede, in der er Großbritaniens Stolz auf das Wirken des englischen Judentums zum Ausdruck brachte.

Sodann wurde der Beschluß gefaßt, eine Kommission von 8 Delegierten, darunter Leo Motzkin, einzusetzen und sie mit der Aufgabe, eine entsprechende Resolution auszuarbeiten, zu betrauen.

Der neue Generalsekretär Palästinas

London, 1. Juni. Das hiesige Colonial Office teilt mit, daß an Stelle des aus seinem Amt scheidenden M. A. Young (von uns bereits berichtet Anm. d. R.) John Hathorn Hall zum Chefsekretär der Palästinaregierung ernannt wurde. J. H. Hall war bis jetzt als Beamter im Colonialamt tätig.

Der neue Chefsekretär tritt bereits im August sein Amt an.

Was soll der 18. Zionistenkongreß bringen?

Die revisionistische Kongreßplattform

Die katastrophale Verschlimmerung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der jüdischen Massen in den Ländern der jüdischen Konzentration hat als Folge der zielbewußten Politik mancher Regierungen die Lage von Millionen Juden in der Galuth unhaltbar gemacht. Das Schicksal des 600.000 Seelen zählenden deutschen Judentums, das, faktisch außer Gesetz gestellt und mittelalterlichen Verfolgungen ausgesetzt, ist ein klassisches Beispiel der jüdischen Galuth-Tragödie.

Das Emigrationsbedürfnis der jüdischen Massen ist gewaltig.

Alle traditionellen Emigrationsländer sind aber für sie geschlossen. Die beschleunigte Uebersiedlung der unter dem Alpdrucke der Judennot leidenden jüdischen Massen nach Palästina ist im Augenblick mehr als je der einzige Weg zur Verhütung drohender Katastrophen.

Das jüdische Problem ist jetzt in unzweideutiger Weise auf die klassische zionistische Formel zurückgeführt worden.

Judennot — Judenstaat..

Der Judenstaat ist und bleibt das Ziel des Zionismus. Die allmähliche Umgestaltung Palästinas zu beiden Seiten des Jordans in ein selbständig regiertes Territorium mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit ist der Inbegriff der zionistischen Zielsetzung. Und unter den tragischen Umständen unserer Zeit ist das kein weites Endziel, sondern eine unmittelbare Aufgabe der nächsten Jahre; ihrer Verwirklichung muß schon jetzt die gesamte zionistische politische und kolonisatorische Tätigkeit unterordnet werden.

Der 18. Zionistenkongreß muß klar und offen dieses unmittelbare Ziel — die Schaffung des Judenstaates als Antwort auf die ins Unermeßliche gestiegene Judennot — proklamieren.

Dieses Ziel kann nur durch eine

freie Massenimigration

aller Schichten des jüdischen Volkes verwirklicht werden.

Das bestehende

Zertifikatensystem

muß restlos abgeschaft werden und der gesamte Fragenkomplex der jüdischen Imigration nach Palästina der ausschließlichen Zuständigkeit der Jewish Agency unter Kontrolle der Mandatarmacht anvertraut werden.

Eine Masseneinwanderung hat die systematische und aktive Beteiligung der Staatsgewalt an der Schaffung von Bedingungen für eine jüdische Massenkolonisation zur Voraussetzung. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen muß das

Kolonisationsregime

bilden, dessen Hauptkomponenten sind:

Grundsätzliche Reform der Palästinaadministration, Bodenreform, Zoll- und Steuerreform, Reform des Sicherheitswesens (Bildung jüdischer Einheiten in der Polizei, Gendarmerie und Garnison und Legalisierung des jüdischen Selbstschutzes).

Die Politik einer einseitigen Begünstigung der sogenannten «Hachscharah-Imigration» muß durch eine staatlich aufgefaßte Förderung der Volkseinwanderung ersetzt werden, bei der alle Klassen und Schichten des jüdischen Volkes gemäß den Staatsaufbauinteressen berücksichtigt werden.

Das bestehende System

der Hachscharah für die Verteilung von Zertifikaten muß grundsätzlich revidert werden. Solange das unsinnige Zertifikatensystem noch bestehen bleibt, dürfen die Zertifikate nicht, wie jetzt, unter den hachscharahbetreibenden Jugendorganisationen mechanisch verteilt werden. Dieses System gibt einem fachlich gut ausgebildeten und mit allen nötigen zionistischen und geistigen Qualitäten ausgestatteten Juden nur aus dem Grunde nicht die Möglichkeit, ein Zertifikat zu erhalten, weil er nicht sechs Monate lang in einer chaluzischen Organisation eine «Hachscharah» durchgemacht hat, mag diese noch so oberflächlich sein. Das bestehende System zwingt so die chaluzische Organisationen ihre Hachscharah auf die Quantität einzurichten und das Niveau der Hachscharah tief herunterzudrücken.

Solange das Zertifikatesystem bestehen bleibt, müssen die Hachscharahzertifikate auf ganz andere Weise verteilt werden. Eine autoritative zionistische Instanz in Palästina hat auf Grund sorgfältiger Forschungen festzustellen, welche Kategorien von Arbeitern im jeweiligen Zeitabschnitt für das Land am nützlichsten sind; in jedem Lande sollen spezielle fachmännische neutrale Kommissionen gebildet werden, die die fachmännische und sonstige Qualifikation jedes Bewerbers um ein Zertifikat fachmännisch zu prüfen haben. Als Bewerber können sich außer den auf den Listen hachscharahtreibender Organisationen stehenden Chaluzim auch Einzelpersonen melden. Dadurch wird die Sicherheit geschaffen, die zwangsläufig beschränkte Zertifikatenzahl ausschließlich den für den Aufbau des Landes passenden Elementen zugute kommen zu lassen.

Auf dem Gebiet der

konstruktiven Aufbauarbeit

in Palästina muß der Kongreß klar und offen proklamieren, daß in der Periode des Staatsaufbaus einzig und allein das Interesse des Aufbauwerkes maßgebend ist, dem alle sonstigen wirtschaftlichen Interessen von Personen, Gruppen und Klassen unterordnet werden müssen. Das Prinzip

jüdische Arbeit in jüdischen Unternehmungen

muß rücksichtslos durchgeführt werden, wobei jede Form des Klassenkampfes als verhängnisvoller Verstoß gegen die Interessen der Volkssache zu betrachten ist.

Zur Vermeidung aller Formen des selbstmörderischen Klassenkampfes muß der Kongreß für das

Regime der obligatorischen nationnlen Arbitrage

und das System von nationalen Schiedsgerichtsorganisationen proklamieren, deren Spruch in allen sozialen Konflikten angerufen werden und deren Beschlüsse für die streitenden Parteien obligatorisch sein müssen; jeder Verstoß gegen diese Beschlüsse, sei es in der Form von Boykott, Aussperrung oder Streik, ist als nationales Verbrechen zu betrachten.

Transjordanien

muß als ein untrennbarer Teil des Territoriums von Palästina behandelt werden und auf gleicher Basis mit allen anderen Teilen des Mandatterritoriums in das Gebiet der jüdischen Kolonisation einbezogen werden. Seine fruchtbaren und brachliegenden Ländereien müssen als ein natürliches Reservoir für eine jüdische Massenkolonisation geöffnet werden.

Dieses Ziel kann nie auf dem Wege rein wirtschaftlicher Transaktionen unter Anerkennung des bestehenden rechtlich-politischen Status quo eines unabhängigen, vom übrigen Palästina losgetrennten rein arabischen Transjordaniens, sondern ausschließlich durch politische Aktionen, gerichtet auf die

Wiedervereinigung von Ost- und Westpalästina,

unter Anwendung aller Satzungen des Mandates errichtet werden.

Eine unentbehrliche Voraussetzung für eine jüdische Massenkolonisation Transjordaniens bildet die Sicherung eines legalen jüdischen Selbstschutzes.

Um eine grundsätzliche Aenderung des heutigen, eine jüdische Masseneinwanderung systematisch hemmenden politischen Regims in Palästina herbeizuführen, ist eine großangelegte, im internationalen Masstab geführte politische Aktion nötig, die der ganzen zivilisierten Welt das tragische Problem eines boden- und heimatlosen, wirtschaftlich ruinierten und sozial deklassierten Volkes in seiner ganzen Größe vor die Augen führen soll. Zu diesem Zwecke muß der Zionistenkongreß eine großzügige

Petitionsbewegung

gutheißen, die an alle Regierungen gerichtet werden und ihre Unterstützung der jüdischen Forderung einer Politik der offenen Tore in Palästina sichern muß.

Der Zionistenkongreß muß mit aller Entschiedenheit, offen und unzweideutig, sein kategorisches Veto allen Versuchen entgegenstellen, in Palästina in irgendeiner Form eine parlamentarische gesetzgebende Körperschaft jetzt ins Leben zu rufen, die, unter den heutigen Umständen, unvermeidlich eine arabische Mehrheit haben muß und ausschließlich die Rolle einer Hetz- und Sabotagezentrale gegen das jüdische Aufbauwerk im Lande spielen wird.

Auf dem Gebiete der

zionistischen Imigrationspolitik

muß der Zionistenkongreß sich auf den Standpunkt stellen, daß die jüdische Einwanderung quantitativ und qualitativ einen Massencharakter tragen muß. Die Einwanderung relativ kleiner, speziell ausgewählter und ausgebildeter idealistischer Jugendgruppen kann eine Vortruppe für die Kolonisation liefern, entspricht aber an und für sich keineswegs den Interessen des Aufbauwerkes und dem Immigrationsbedürfnis der jüdischen Massen. Die Zionistische Organisation muß sich die Aufgabe stellen. Möglichkeiten für eine beschleunigte Einwanderung der in ihren Wohnländern erstickenden großen Massen des jüdischen

Mittelstandes, der Handwerker und Kleinhändler

zu schaffen, für sie Kreditinstitutionen zu gründen und dadurch der Besiedlung Palästinas einen wahren Volkscharakter zu verleihen.

Um die gerechte und zweckmäßige Arbeitsverteilung zu gewährleisten muß der Kongreß die Schaffung von

neutralen Arbeitsvermittlungsbüros

und die Gleichberechtigung arler im Lande bestehenden Arbeiterorganisationen in autoritativer Weise proklamieren.

Die auf dem 16. Kongreß im Jahre 1929 geschaffene sogenannte erweiterte «Jewish Agency» hat in diesen 4 Jahren ihrer Existenz in unzweideutiger Weise ihren vollständigen Bankrott bewiesen und die pessimistischesten Warnungen des Revisionismus bestätigt. Wir verlangen vom 18. Kongreß die Kündigung des Agencyvertrages mit den sogenannten «Nichtzionisten» und die Wiederübertragung aller im Mandat enthaltenen Prärogativen der Jüdischen Agency — auf den Zionistenkongreß. Um dem Zionistenkongreß in breiterem Maße den Charakter einer wahren Volksvertretung des gesamten palästinozentrischen Judentums zu verleihen, muß das aktive und passive Wahlrecht zu den Zionistenkongressen folgenden Kategorien gewährt werden, u. zw. allen jüdischen Einwohnern Palästinas; allen Mitgliedern jüdischer Organisationen, die sich an dem Aufbau des jüdischen Palästina beteiligen, allen ständigen Zahlern des Keren-Hajessod und des Nationalfondes; allen jüdischen Aktionären der jüdischen Kolonialbank, der Anglo-Palestine-Company und aller Bankanstalten, deren Charakter als wertvoll für den Aufbau Palästinas anerkannt sein wird. Allen Juden, die in Palästina Immobilien besitzen oder dort irgendwelche, reale, gesetzliche und sozial wertvolle Interessen haben.

Diese Reform des Kongresses nimmt ihm endgültig den Charakter einer Parteiinstanz, deren Mitglieder durch eine formelle Disziplin in allen politischen Fragen gebunden sind und verwandelt die Zionistische Organisation und ihre Instanzen in Organe einer wahren Volksbewegung, deren Teile in organischer freier Koordination zusammenarbeiten. Die sogenannten

Disziplinresolutionen

der letzten Sitzung des Aktionskomitees im August 1932, die im Gegensatz zu dem wahren Carakter und der Konstitution der Zionistischen Organisation stehen, müssen durch den Kongreß abgeschafft werden und durch folgende Satzung ersetzt werden:

«Sämtliche im Zionistenkongreß vertretenen zionistischen Parteien und Gruppen übernehmen die moralische Verpflichtung, alle Anstrengungen zu machen, um unter Wahrung ihres Programms sowie ihrer Ausdrucks- und Handlungsfreiheit auf dem Wege des permanenten gegenseitigen Kontaktes mit der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation, die harmonische Koordination der Gesamttätigkeit der zionistischen Weltbewegung, insbesondere auf dem außenpolitischen Gebiete, zu sichern.

Die Angelegenheit der Bernheim-Petition erledigt

Deutschland zur Wiedergutmachung verhalten

Wir haben in unserer letzten Nummer von der Debatte berichtet, die in Genf über die Frage der Petition der oberschlesischen Juden abgeführt wurde. Sie endete bekanntlich damit, daß entgegen dem deutschen Standpunkt ein juristisches Dreierkollegium eingesetzt wurde, das die Rechtmässigkeit der Bernheimbeschwerde zu prüfen hatte.

Dieses Dreierkollegium hat nun nach eingehender Beratung die Rechtmässigkeit der Petition anerkannt, worauf in einer speziellen Sitzung des Völkerbundrates die schon früher konzipierte Resolution des Berichterstatters, wonach der Petition stattgegeben wird, nur in etwas gemilderter Form angenommen wurde. Auch in der letzten Sitzung des Völkerbundrates in dieser Angelegenheit betonte der tschechoslowakische Vertreter Dr. Osusky seinen Standpunkt, der auf Ausdehnung des Minoritätenschutzgesetzes auch auf Deutschland hinzielt.

Revisionisten, kauft den SCHEKEL! Endtermin 20. Juni

Vladimir Jabotinsky an den „Judenstaat"

Zur Neuregelung in der Union der Zionistien-Revisionisten

Der Präsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten legt in nachstehender Zuschrift in erschöpfender Weise die Gründe für die organisatorische Neugestaltung der zionistisch-revisionistischen Weltbewegung dar. Dies ist angesichts der misswollenden Gerüchtemacherei notwendig geworden, die somit auch ihr Ende gefunden haben dürfte.

Geehrte Redaktion,

ich schreibe nur ungern und selten über unsere inner-revisionistischen Reibungen, aber heute tue ich es, und ich hoffe zum letzten Mal bis zu unserer VI. Weltkonferenz, da denn doch weite Kreise allzu einseitig informiert wurden. Ich will die Form der Erläuterung einiger Punkte wählen und füge hinzu, daß ich keine Absicht habe, an irgend einer Diskussion über diese Erklärungen in Zukunft teilzunehmen.

1. Nachdem ich in Kattowitz meinen vier Kollegen erklärt hatte, daß ich mit ihnen nicht mehr arbeiten kann, hatte das in Wien gewählte Exekutivkomitee seine legale Existenzberechtigung verloren. «Legal» (und auch «demokratisch») heißt bei uns: entsprechend dem Willen der Bewegung, resp. seiner Vertretung — der Weltkonferenz. Die 5. Weltkonferenz in Wien hatte vor sich drei Möglichkeiten: a) eine Ausgleichs-Leitung, mit den erwähnten Kollegen und mit mir; b) eine von mir gebildete Leitung, ohne Beteiligung dieser Kollegen; c) eine Leitung ohne mich. Die Weltkonferenz wollte die Kombination «a», war aber bereit, wenn es mit «a» nicht ging, sich mit «b» zufriedenzustellen; von einer Kombination «c» wollte die Konferenz aber nichts wissen. Eine Leitung ohne den Präsidenten, geschweige denn gegen den Präsidenten, wollte sie grundsätzlich nicht. Ich bin niemandem begegnet, der diese Tatsache leugnen wollte. Nach meinem Ausscheiden geriet daher das in Wien gewählte E. C. in Gegensatz zu dem Willen der Weltkonferenz. Ein E. C. aus den vier Herren ohne mich hatte diese nicht gewollt. Es war die Pflicht meiner Kollegen, sofort zu demissionieren; ihr Entschluß, die Leitung der Union ohne mich zu verkörpern, d. h. die der Absicht der Konferenz zuwiderlaufende Kombination «c» geltendzumachen, war eo ipso illegal. Ich hielt daher dafür und bin auch jetzt der Ansicht, daß vom Augenblick an, da meine Ausscheidung sich vollzog, die Vollmacht des in Wien gewählten Kollegiums suspendiert war, per se, automatisch und von Rechts wegen, sogar bevor ich selbst sie für suspendiert erklärte.

2. Die einzige legale, der Absicht der Konferenz entsprechende Alternative, die uns nun blieb, war die Kombination «b» — eine vom Präsidenten gebildete Leitung. Das ist eben dasjenige, was ich durch meine Erklärung vom 22. März geschaffen habe.

3. Da die Legalität meines Schrittes von einem Teile der Bewegung bestritten wurde, veranlaßte ich die Ausschreibung des Plebiszits vom 16., resp. 23. April, welches die Uebernahme der Leitung durch den Präsidenten zu bestätigen oder abzulehnen hatte. Neinsager wurden aufgefordert, sich überall an den das Plebiszit kontrollierenden Kommissionen paritätisch zu beteiligen; die Abstimmung war geheim; der Rosch-Betar veröffentlichte eine Mahnung an die Betarim, daß es ihre Pflicht sei, ausschließlich nach ihrem inneren Gewissen zu stimmen ohne Rücksicht auf die betarische Disziplin (die mit dieser Frage nichts zu tun hatte). Es ist müssig zu behaupten, daß eine Abstimmung unter solchen Bedingungen keine genügenden Garantien für Neinsager biete. Denn alle Garantien waren da, jeder Opponennt meines Schrittes hatte die volle Möglichkeit mit «Nein» zu stimmen. Die Boykott-Erklärung seitens der Opposition gegen das Plebiszit war unter diesen Umständen nichts anderes, als die Anerkennung der Tatsache, in der Minderheit zu sein. 31.000 «Ja»- und 2000 «Nein»-Zettel waren das Ergebnis des Plebiszits. Nicht einmal die Opposition versucht zu bestreiten, daß die 31.000 Jasager die überwiegende Mehrheit unserer Mitgliederschaft darstellen. Damit ist die Legalität der am 22. März geschaffenen Lage in der demokratischesten aller bekannten Abstimmungen festgesetzt, und bis zur 6. Weltkonferenz wird dieses Plebiszit die Grundlage aller unserer Handlungen bilden.

4. Da ich die gesamte Leitung der Bewegung auf allen Gebieten übernommen hatte, hielt ich es für meine Pflicht, auch ihre Kongreßtätigkeit einzubeziehen. Unmittelbar nach dem 22. März erklärte ich in der Zeitung «Moment»: «Geht man zum Kongreß, so muß man es ehrlich tun, ohne jede Absicht von «Get», nicht als leere Manifestation, sondern als erneuten ernsten Versuch, den Kongreß in einen Judenstaatlerkongreß zu verwandeln». Man hat die Aufrichtigkeit dieses Beschlusses bezweifelt, worauf ich nur mit achselzucken antworten kann. Man hat aber in diesem Beschluß auch «Inkonsequenz» gesehen, worauf ich folgendes zu antworten habe: «Ich reserviere mir zwar das Recht, manchmal inkonsequent zu scheinen oder sogar zu handeln und halte das für keine Sünde und keine Schande, aber in diesem Falle habe ich das Bewußtsein, ganz konsequent zu handeln. Ich hatte immer betont, in Rede und Schrift, daß ich bereit bin, meinen Gesinnungsgenossen bei ihren Bemühungen, die Zionistische Organisation zu erobern, behilflich zu sein, daß eine Zeit kommen könnte, wo «alle Revisionisten ohne Ausnahme» den Schekel entrichten und zum Kongreß gehen würden, daß für mich die Frage der Nichtbeteiligung oder Beteiligung der einzelnen Revisionisten an der Z. O. keine prinzipielle Angelegenheit ist. Prinzipiell wichtig sind für mich nur zwei Forderungen: a) Primat der revisionistischen Disziplin, sogar für die schekelzahlenden Revisionisten; b) korrekte und offene Aufrichtigkeit der Z. O. gegenüber, welche letztere wissen muß, daß jeder Revisionist diesen Primat anerkennt».

Gegenüber den vielen Stimmen, die behaupten, daß diese Primatfrage «unwichtig» sei, erkläre ich wieder, daß sie sich irren: es ist die Lebensfrage unserer Bewegung, ihrer selbständigen Tätigkeit und ihres sittlichen Ernstes. Die Anerkennung dieses Grundsatzes ist für mich persönlich die conditio sine qua non meiner Mitarbeit an der Bewegung. — Solange ich dabei bin, werde ich nicht zustimmen, daß unsere leitenden Organe sich nicht einstimmig zu diesem Grundsatze bekennen.

6. Es ist auch nicht wahr, daß ich «selbst zugestimmt habe, den Primat bis zum Kongresse abzuschaffen». Für mich bedeuten unsere Wiener Resolutionen den Primat, es gibt für mich keine andere Interpretation jener Beschlüsse. Der Primat besteht und kann von niemandem «abgeschafft» werden. Etwas anderes kann und muß, aus Gründen geschichtlicher Ethik, gemacht werden! Das ist: zeitweilig auf die praktische Ausübung unseres Rechtes zu verzichten, bis die Frage durch den 18. Kongreß revidiert ist, — aber unser Recht bleibt bestehen. Ein Beispiel: jeder Reisende hat das Recht, zu rauchen; betritt er einen Eisenbahnwagen, wo das Rauchen verboten ist, darf er sein Recht nicht ausüben, aber sein Recht bleibt bestehen, und es steht ihm frei, entweder die Bahnverwaltung zu zwingen, das Rauchverbot zurückzuziehen oder den Wagen zu verlassen. Meinetwegen auch das dritte: im Abteil zu bleiben, das Verbot ruhig zu verletzen und die Konsequenzen zu tragen. Aber besonders in diesem Falle verlange ich, im Interesse unserer Würde, daß wir der Bahnverwaltung ehrlich erklären: bis zur Entscheidung unserer Appellation verzichten wir aufs Rauchen, sollte aber das Verbot auch weiter in Kraft bleiben, so werden wir dennoch im Abteil bleiben und Zigarren anzünden. Ist das klar?

7. Es ist auch nicht wahr, daß wir vom Kongreß verlangen wollen, er soll «den Primat unserer Disziplin proklamieren». Das gehört nicht zu den Befugnissen eines Kongresses der Z. O. Das ist Sache der Union der Zionisten-Revisionisten, die seit der V. Weltkonferenz kein «Teil» einer anderen Organisation mehr ist, sondern eine souveräne Körperschaft darstellt. Was wir vom Kongreß verlangen werden, ist die Abschaffung der «Disziplin»-Resolutionen des A. C., d. h. Rückkehr zum status quo ante, unter welchem die Zionistische Organisation von 1897 bis 1932 ungestört existiert hat und auch weiter ungestört existieren kann.

8. Ich bin sicher, daß der Kongreß diese A. C. Resolutionen abschaffen wird; und gegenüber den vielen Stimmen, die behaupten, der Kongreß werde das «nie tun», antworte ich ruhig, daß sie sich irren, wie sie sich schon oft über die Zukunft geirrt haben. Sollte aber der Kongreß die Tilgung jener Resolutionen doch ablehnen, dann wird natürlich jeder revisionistische Schekelzahler für sich beschließen müssen. was er weiter zu tun gedenkt. Die Union wird auf ihre politische Tätigkeit nicht verzichten; die Union wird. und zwar sofort nach dem Kongreß, von jedem ihrer Mitglieder verlangen, daß er sich ihren Befehlen unter allen Umständen fügt. Was der Einzelne tun wird, ist Sache seines Gewissens. Nebenbei ist es absolut unrichtig, daß wir in diesem Falle jemanden zwingen wollen, die Z. O. zu verlassen: im Gegenteil, er kann die Union verlassen, und — wir werden das, da es sich um Schwankende handelt — nur begrüssen. Wer aber in der Union bleibt, der wird sich dem Primat unserer Disziplin fügen und diese Verpflichtung offen anerkennen müssen.

9. In einer Hinsicht kann ich alle Kongreß-Enthusiasten beruhigen. Der Augenblick, an dem einer etwaigen Ablehnung unserer Forderung wegen Konsequenzen zu ziehen sein werden, wird nicht am Kongreß selbst, sondern erst an unserer eigenen VI. Weltkonferenz eintreten. Eine Kongreßfraktion ist keine Weltkonferenz. Ich kann nicht voraussehen, was sich bei diesem Kongreß ereignen und wie die Fraktion reagieren wird. Ich nehme aber an, daß sie höchstwahrscheinlich unter allen Umständen ihren Kongreßkampf bis zum Abschlusse des Kongresses fortsetzen und die Lösung aller sonstigen Probleme der nächsten Weltkonferenz überlassen wird.

10. Die juridische Lage der revisionistischen Bewegung sieht jetzt so aus, daß man zwei Körperschaften deutlich unterscheiden muß. Die eine ist die «Union» — Sie ist eine unabhängige Körperschaft, ihre Aufgabe ist selbständige Tätigkeit auf allen Gebieten des Staatsaufbaues, sie hat kein Recht und keinen Anspruch, sich in die Angelegenheiten der Z. O. einzumengen, wie ihrerseits niemand sich in ihre Angelegenheiten einmischen darf. Die zweite ist die Vereinigung der schekelzahlenden Revisionisten, jetzt als «Sonderverband» konstituiert. Sie ist ein Teil der Z. O. und hat als solche kein Recht auf selbständige politische Betätigung. Ob wenige, viele oder alle Mitglieder der «Union» auch dem «Sonderverbande» angehören, ändert nicht an dieser juridischen Doppeltkonstruktion: heute sind das alle, morgen vielleicht bloß ein Teil — die zwei Körperschaften bleiben aber verschieden, und das Schicksal des «Sonderverbandes» kann das Schicksal der «Union» nicht präjudizieren. Sollte der Sonderverband morgen die Mehrheit des Kongresses erobern und sogar eine rein-revisionistische Exekutive bilden, die Union als solche wird bestehen bleiben und, wo nötig, ihre Sonderaktionen weiter führen — in diesem Falle, natürlich, in freundlichem Einvernehmen mit der zionistischen Exekutive (was schon seit langem der Fall gewesen wäre, wenn an der Spitze der Z. O. bisher nicht solche kurzsichtige Führer ständen). Die Union ist kein Zweckverband, dessen reale Existenz aufhören müßte, wenn ein paar Revisionisten in eine Zionistische Exekutive eintreten, um dann nach zwei Jahren, wenn eine Aenderung der Volksstimmung vielleicht die Gegenpartei zum Siege bringt, wieder vom ABC anfangen zu müssen. Der Revisionismus, die einzige Körperschaft, wo nur reine Judenstaatler hingehören, ist das permanente und wichtigste Instrument des Kampfes für den Judenstaat. Es gibt Aktionen, die er nicht unternehmen kann, weil er nicht mit der offiziellen Jewish Agency identisch ist, und diese wird er nicht unternehmen. Es gibt aber Aktionen, die nur der Revisionismus durchführen kann, eben weil er nicht offizielle Agency ist. Diese Aktionen wird er unausgesetzt durchführen müssen, sogar, ja vielleicht besonders dann, wenn die Agency sich in den Händen von Freunden befindet. Diese Auffassung ist nicht neu, wir alle haben sie immer betont und wir dürfen an sie auch während einer Kongreßwahl nicht vergessen.

11. Etwas ganz anderes wäre eine «U. Z. O.» Das wäre eine Körperschaft. die Anspruch erheben würde, die bestehende Zionistische Organisation zu beseitigen und zu ersetzen, d. h. auch die Funktion der Jewish Agency an sich zu reißen. Solange der Ausgleich von Calais erhalten bleibt, d. h. solange wir alle den Unterschied zwischen «Union» und «Sonderverband» respektieren und die selbständige Tätigkeit der ersteren nicht durch irgend ein Veto von dritter Seite stören lassen, darf die Frage der «U. Z. O.» nicht aufgerollt werden. So wurde es in Calais verabredet und so wird es bleiben für die ganze Zeit der Geltung des Ausgleiches.

12. In Kattowitz stellte ich zwei Forderungen: a) angesichts der verschiedenen Interpretationen der Beschlüsse von Calais-Wien möge der Parteirat feststellen, daß diese Beschlüsse den Primat der revisionistischen Disziplin bedeuten; b) Kooptierung von drei neuen Mitgliedern ins E. C., die von mir vorgeschlagen werden sollten, um eine Majorisierung des Präsidenten durch seine 4 Kollegen unmöglich zu machen. —Und während aller Friedensverhandlungen nach Kattowitz habe ich immer wieder dieselben zwei Bedingungen gestellt. Wenn sich jetzt nach dem Plebiszit etwas ändern könnte, dann nur in dem Sinne, daß die «Fifty-fifty»-Basis der zweiten Forderung heute schon an einem zu krassen Gegensatz zu den wirklichen Kräfteverhältnissen innerhalb der Union steht.

Ich zweifle sehr, ob man heute das moralische Recht noch hat, eine Massenabstimmung so gröblich unberücksichtigt zu lassen.

13. Heute handelt es sich nicht um irgendeine Rekonstruktion der Leitung. Die Leitung ist durch das Plebiszit bis zur VI. Weltkonferenz auf feste legale Basis gestellt worden und das genügt. Was heute manchem als erwünscht erscheint, sind die Wahllisten. Zwar muß ich betonen, daß viele, sehr viele von uns daran zweifeln, ob solche gemeinsame Wahllisten für den Sieg des Revisionismus wirklich notwendig sind.

In der Presse der Opposition sind aber Kundgebungen erschienen, die wie ich befürchte, die Schaffung einer Einheitsfront keineswegs erleichtern werden. Der Warschauer «Najer Weg». das offizielle Organ der Opposition, schrieb unter dem Titel «Gemeinsame Listen als Manöver» daß es «eine Schande» sei, «mit Putschisten und Plebiszitmachern auf einer Liste zu stehen». Herr Großmann, andererseits, — der schon einmal in einem offiziellen Dokumente meinen Entschluß, zum Kongresse zu gehen, als «Zwius» (Heuchelei) gestempelt hatte, schrieb neulings in der Wiener «Neuen Welt», daß meine Aktion vom 22. März «mit dem deutschen Angriff auf Belgien verglichen werden könne und daß Verträge für mich ein Fetzen Papier seien. Die Disproportion des Vergleiches mag grotesk sein. aber der Sinn ist leider klar: mein geehrter Kollege findet für meine Handlung kein passenderes Seitenstück als die größte Niederträchtigkeit der modernen Geschichte. Es scheint mir, daß irgendwelche Verhandlungen nur da fruchtbar sein können, wenn beide Parteien gegenseitig ihre Ehrenhaftigkeit anerkennen, welche Anerkennung ich hier leider bei der Opposition vermisse; und ich muß daher die Verantwortung für einen etwaigen Mißerfolg von vornherein auf meine geehrten Opponenten legen.

14. Zum Schluß will ich noch betonen, daß mein geehrter Kollege Herr Großmann sich irrt, wenn er als Titel fir seinen obenerwähnten Artikel die Worte wählt: «Frieden oder Krieg im Revisionismus?» Auch im Falle, daß keine Einheitsfront in Bezug auf die Wahllisten entstehen sollte, wird es keinen «Krieg» geben. 10 Prozent gegen 90, das ist kein «Krieg»; Angriffe, die der Angegriffene nicht beantwortet, bilden keinen «Krieg». Daß wir die Angriffe der Opposition nicht beantworten, ist bisher, wie ich glaube, sogar von den Opponenten anerkannt worden. So werden wir handeln auch im Falle, wenn es separate Listen geben sollte. Wir werden gegen unsere ideologischen Gegner kämpfen, nicht gegen Revisionisten anderer Schattierung. Ich würde dieses System auch den Opponenten in ihrem eigenen Interesse empfehlen.

Mit Hochachtung

V. Jabotinsky.

Dr. I. Schechtmann:

Was die Araber aus ihrem Land gemacht haben

(Zehn Jahre «Unabhängigkeit Transjordaniens»)

Vor zehn Jahren, am 23. Mai 1923, proklamierte der erste jüdische Oberkommissär Palästinas Sir Herbert Samuel in feierlicher Weise in der Hauptstadt Transjordaniens. in Amman die Unabhängigkeit des transjordanischen Staates. Es fand eine Parade der 700 Mann statt, die die Armee Transjordaniens bildeten. Englische Aeroplane manövrierten über dem Gebiet. Als Emir Abdallah die Unabhängigkeitsdeklaration verlas, die ihm die Londoner Regierung zugesandt hatte, gratulierte Herbert Samuel dem neuen Staat im Namen der englischen Mandatarmacht. Von nun an, sagte er, können die Araber ein freies Leben führen. Die Zukunft des Landes, betonte er, liegt jetzt in den Händen des Volkes selbst. Transjordanien wird das sein, was die Araber aus ihm machen werden.

Seither sind zehn Jahre verflossen. Es verlohnt sich in der Tat, Rechenschaft abzulegen -ber das, «was die Araber aus ihrem Land gemacht haben» im Verlauf dieser Jahre des Selbständigkeit, frei von der «jüdischen Gefahr», frei vom Kampf gegen den Zionismus, unter eigener arabischer Regierung.

Die Macht über Transjordanien wurde dem Emir Abdallah übertragen, zunächst mit der Aufgabe, Frieden und Ordnung im Lande zu schaffen. Diese Aufgabe war an und für sich nicht leicht. Die Türkei unterhielt seinerzeit in Amman eine Garnison von 5000 Mann und konnte die Ordnung dennoch nicht aufrechterhalten. Aufstände, Räubereien, Ueberfälle waren auf der Tagesordnung. Das spielte sich aber unter der fremden und verhaßten Herrschaft der Türken ab. Jetzt aber hatte das Land eine eigene nationale Regierung. Die Bevölkerung ist national und religiös einheitlich. Eine protestierende Mehrheit gibt es nicht. Die Christen des Landes unterscheiden sich von den Muselmanen nur wenig in Kleidung und Bräuchen und die 10.000 Tscherkessen haben mehr Interesse für die Getreidepreise als für Politik. Juden gibt es im Lande nur zwei, die obendrein völlig arabisiert sind. Nationale oder religiöse Reibungen sind also unmöglich, und doch gibt es im Lande nicht die primitivste Ordnung.

Bewaffnete Zusammenstöße unter den Arabern sind eine tagtägliche Erscheinung. Auch Verbrechen in Palästina haben ihre Drahtzieher in Transjordanien. Das Land befindet sich in einem Zustand steter Unzufriedenheit. Dies fand im September 1923 in einem großen bewafneten Aufstand der Beduinenstämme Ausdruck, der nur durch englische militärische Hilfe unterdrückt werden konnte.

Nicht besser ist der Zustand in der Verwaltung. Der bekannte araberfreundliche Lord Raglan (im Jahre 1920 Vertreter des Oberkommissars in Amman) erklärte in einem Gespräch mit dem «Daily Express» ganz offen, daß «unter der Herrschaft des Emir Abdallah Transjordanien ein Nest von Koruption und Mißwirtschaft ist. Der Emir hat nie den Versuch gemacht, sein Land selbst zu verwalten. Er begnügt sich damit, die Rolle eines kleinen Tyranen zu spielen und die Bauern zu ruinieren. Er erhöht die Steuern, um die Möglichkeit zu haben, seine Luxusbedürfnisse und die seiner Anverwandten und Schützlinge zu befriedigen». Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Lord Raglan in seiner Charakteristik keineswegs übertreibt.

Nahezu trostlos ist der kulturelle Stand des Landes. Die Zahl der Städte, die übrigens kaum diesen Namen verdienen. beträgt fünf. Die einzige Stadt, die man als Stadt bezeichnen kann, ist Amman, die Residenz des Emirs, mit ungefähr 20.000 Einwohnern. Sie besitzt einige Postabteilungen, eine Telegraphen- und Telephonstation, einige Kinos und eine Bankfiliale. Außerhalb der Stadtmauern herrscht aber noch vollständiges Mittelalter. Die Volksbildung steckt, besonders im Vergleich mit Palästina, in den Kinderschuhen. Die Ausgaben für das Schulwesen machten in Transjordanien pro Kopf 75 Mil aus. in Palästina 160 Mil. Im Jahre 1931—32 betrug das Schulbudget im ganzen 21.000 Pfund und für die ganze Bevölkerung des Landes von 300.000 Seelen gab es nur 50 Regierungsschulen für Knaben und Mädchen mit 4558 Schülern und 953 Schülerinnen. Außerdem besuchen 2526 Knaben und 744 Mädchen Gemeindeschulen und religiöse Schulen. Nicht mehr also als 2 Prozent der Bevölkerung erhalten Schulbildung, und Menschen, die lesen und schreiben können sind im Lande eine Seltenheit. Die allermeisten Deputierten des transjordanischen Parlaments sind Analphabeten.

Was den ökonomischen Zustand des Landes betrifft, so ist er schlechterdings katastrophal zu nennen. Die eingeboreneBevölkerung weicht der Steuerzahlung aus und will keinerlei Verpflichtung ihrer nationalen Regierung gegenüber anerkennen. Ohne englische Subventionen würde dieser Staat überhaupt nicht existieren können.

«Transjordanien kostet eine Viertelmillion Pfund jährlich, solange seine Verwaltung von Palästina losgetrennt bleibt», konstatiert Colonel Wedgwood in seinem bekannten Buch «Das siebente Dominion«. Für die transjordanische «arabische Legion» zahlt England 64.000 Pfund jährlich, während die Bevölkerung selbst in größter Not lebt. Riesige Bodenflächen liegen unbebaut da, die landwirtschaftlichen Methoden sind außerordentlich primitiv. Schlechte Ernte hat mehr als einmal zu Hungernot geführt. Man war gezwungen, Steuern in der Höhe von 12.178 Pfund zu schenken und Anleihen in der Höhe von 10.000 Pfund zu gewähren. Man muß aber in Betracht ziehen, daß der Boden erstklassig, zum Teil vielfach besser als in Palästina ist. Industrie gibt es überhaupt nicht. Zwei Tabakfabriken und eine Arrak-Destillation in Amman — das ist alles. Auch die Mineralreichtümer des Landes werden nicht im geringsten ausgenützt.

Transjordanien ist nach zehnjähriger selbständiger staatlicher Existenz ein halbwildes Land geblieben, arm und wüst. Das Experiment der arabischen Selbständigkeit zugleich mit dem der Losreißung von Westpalästina ist zu hundert Prozent durchgefallen.

Die transjordanischen Scheichs selbst bitten nun, Transjordanien möge der jüdischen Kolonisation geöffnet werden. Es ist also die Zeit gekommen, die Forderung nach Beseitigung des zehn Jahre alten unsinnigen Zustands und nach Wiedervereinigung des losgetrennten Landes mit Palästina zu erheben.

Jahrenlang waren die Zionisten-Revisionisten die einzige Gruppe in der Zionistischen Weltbewegung, die diese Forderung vertrat. Der letzte Zionistenkongreß beschloß aber, über die revisionistische Resolution wegen eines Judenstaates zu beiden Seiten des Jordans «zur Tagesordnung» überzugehen.

Auch jetzt noch glauben offizielle zionistische Kreise, es sei möglich, für eine jüdische Massenkolonisation in Transjordanien die Bedingungen zu schaffen, ohne die politische Seite der Frage zu berühren, nur durch ökonomische Unterhandlungen mit dem hungrigen Scheichs und mit dem nach Geld gierigen Emir Abdallah. Das ist eine gefährliche Illusion! Die Frage der jüdischen Kolonisation Transjordaniens ist, wie alle anderen zionistischen Probleme auch, eine politische Frage und kann nur mit politischen Mitteln gelöst werden. Der 18. Zionistenkongreß muß proklamieren, daß er, sich auf die historischen Rechte des jüdischen Volkes stützend, auf die organische Zusammengehörigkeit West- und Ostpalästinas als ökonomische, politische und sstrategische Einheit, die Wiedervereinigung beider Teile Palästinas verlangt — zugunsten der Bevölkerung des Landes, für die, dessen reiche und wüste Bodenflächen ein natürliches Hinterlnad bilden.

Palästina-Wirtschaft

Kleine Nachrichten

Neue Fabriken

In Haifa wird eine Fabrik für Stahlmöbel, Nähmaschinenteile, Kinderwagen und Fahrräder eingerichtet. Das investierte Kapital beträgt 10.000 Pfund.

In Tel-Aviv wird die Errichtung einer neuen großen Trikotagenfabrik geplant.

Die neuerrichtete Fabrik für Aluminiumwaren in Ramat-Gan (bei Tel-Aviv) hat zu produzieren begonnen und bringt ihre Waren auf den Markt. Sie beschäftigt zurzeit 25 Arbeiter. Ihre Zahl soll auf 50 erhöht werden.

Die neuerrichtete Fabrik für Silberwaren in Tel-Aviv hat die Produktion aufgenommen und in einer Ausstellung ihre Produkte dem Publikum vorgeführt.

Unter dem Namen Oriental Film Co. hat sich in Tel-Aviv eine Filmgesellschaft gebildet. Sie beabsichtigt, hebräische und arabische Tonfilme herzustellen.

In Ramat-Gan, dem neuen Industrieviertel bei Tel-Aviv, sind zwei Fabriken für die Herstellung von Schokolade und Zuckerwerk im Bau.

In Tel-Aviv wird eine Werkstatt zur Herstellung von Kinderspielzeug aus Blech und Papiermaché eingerichtet.

Seit kurzem besteht eine arabische Autobusverbindung zwischen Jaffa und Jerusalem, ähnlich der von Juden betriebenen Verbindung Tel-Aviv—Jerusalem. Die Karosserien für die Autobusse wurden in Tel-Aviv hergestellt.

Telephonverbindung Irak—Palästina

Die Irak Oil Company hat bei der Röhrenlegung von Mossul nach Haifa bereits die palästinensische Grenze von Transjordanien aus überschritten. Sie vollendet jetzt die Leitung von Beth-Schan in der Jordansenke bis nach Afule in der Ebene Jesreel. Von dort bleibt nur ein kurzes Stück bis Haifa, dem Ausgangshafen der Linie. Unterdessen ist auch die Telephonleitung der Gesellschaft zwischen Kirkuk, einem der wichtigen Punkte der Leitung im Irak, und Haifa fertiggestellt worden. Dieser Draht wird von der Gesellschaft füri hre speziellen Zwecke gelegt. Es ist das die erste telephonische Verbindung zwischen Irak und Palästina.

Plan für den Tel-Aviver Strand

Unter den großen Projekten, die zurzeit in Bearbeitung sind, ist von speziellem Interesse der Plan einer Gesellschaft für die Entwicklung des Tel-Aviver Strandes. Er umfaßt einen großzügigen Um- und Ausbau der Meergegend, Anlage von Strandwegen, Hotels, großen Schwimmbecken, Baumpflanzungen und ähnliches.

Neue Bank — Erste Notierung

Der Verband der palästinensischen Industriellen hat eine Bank für die Gewähr langfristiger Kredite an Industrielle auf kooperativer Basis gegründet.

Die neuen Obligationen der Hypothekenbank, die auf fünf Jahre laufen und mit 6 Prozent verzinst werden, sind auf der Alexandrinischen Börse notiert worden. Es ist das erstemal, daß ein palästinensisches Papier auf einer Börse zum Verkauf kommt.

Für Haifa

Die führenden Wirtschaftsinstitute des Landes verstärken ihre Propaganda für eine größere Berücksichtigung Haifas innerhalb der jetzt bearbeiteten ökonomischen Pläne. Die erstklassige Verkehrslage Haifas, die jetzt mit der Vorllendung des Hafens voll ausgenutzt werden kann, seine bedeutsamen internationalen Verbindungen liefern der geschäftlichen und industriellen Initiative außergewöhnliche Möglichkeiten. Trotzdem diese Tatsachen überall anerkannt werden, herrscht nach wie vor die Tendenz, mehr in und um Tel-Aviv zu investieren. Nur einzelne Unternehmungen, die als Vorläufer der späteren großen Entwicklung zu betrachten sind, werden jetzt dort in Angriff genommen.

Viertel für den Mittelstand

Die Anlage eines neuen Viertels für den Mittelstand wird geplat. Es werden Anleihen für den Bau beschafft, die im Laufe von 8 bis 10 Jahren abzuzahlen sind. Von den Interessenten wird die Einzahlung von 75 Pfund verlangt. Es haben sich bereits 100 Kandidaten für Bauten gemeldet. Der Plan gehört in die Gruppe derer, die jetzt zur Aufschließung der wichtigen Gelande um die Haifaer Bucht entworfen werden.

Abu Eldie:

Das Grab des Heiligen

oder die beiden Esel

Zwischen Damaskus und Deir es Zor dehnt sich viele hundert Kilometer weit die Wüste. Leer und tot und tötend. Nur von Zeit zu Zeit ist ein Fleck grün: ein paar Tamarisken, ein paar Weidenbüsche, ein Brunnen und dabei das Grab eines heiligen Mannes.

«Weli» nennen die Araber diese Gräber und besuchen sie fromm, wenn sie vorbeireiten. Beim Weli lebt gewöhnlich ein Scheich. Er hält das Grab in Ordnung, zündet im Grabgewölbe Lampen an, bebaut einen kleinen Gemüsegarten und lebt von den Spenden der Besucher, für die er betet, wenn er Zeit dazu hat.

Ein solcher Scheich hatte einen Diener, dem auf die Dauer das Einsiedlerdasein nicht gefiel. Eines schönen Mittags, als der Scheich gerade schlief, oder — höflich gesagt — mit geschlossenen Augen über religiöse Dinge nachdachte, sattelte der Bursche den Esel des Alten, nahm Proviant mit und ritt davon, soweit der Esel laufen wollte.

Leider kam der Esel nicht sehr weit. Schon am dritten Tag ging dem Reiter das Wasser aus und mit Mühe und Not konnte sich das Tier noch bis zu einem halbversandeten Brunnen schleppen, den es mit letzter Kraft erwitterte. Beim rettenden Wasser angelangt, brach es zusammen und hauchte seine Eselseele aus.

Sein Reiter war ehrlich traurig. Das Tier hatte ihm das Leben geretet, und so sollte es auch ein anständiges Begräbnis haben, beschloß er. Er häufte Steine über dem Kadaver zusammen, schichtete sie nach Recht und Sitte und pflanzte zwei platte Steine im Norden und Süden auf, nach Mekka gewendet, wie es sich gehört. Und dann setzte er sich neben den Grabstein nieder, und weinte bitterlich. «Was soll ich ohne dich in der Wüste anfangen? Wie soll ich ohne dich weiterkommen?» schluchzte er.

Da ritt ein Araber mit ein paar Dienern vorbei, sah den trauernden Man beim Grab, hielt ihn für den Schüler eines Heiligen und warf ihm eine Münze zu. Die Begleiter wollten nicht weniger fromm sein, griffen in die Tasche und spendeten auch. Der Bursch verstand seinen Vorteil, baute ein richtiges Grab über dem Eselsleichnam, ein Grab mit Haus und Bäumen herum, säuberte den Brunnen und bekam bald richtige Kundschaft: Weiber der vorbeiziehenden Stämme wollten Amulette gegen Kinderlosigkeit, Männer wollten Zaubermittel gegen Krankheiten — und der «Weli», der Heilige des neuen Brunnens, tat bald Wunder.

Der Ruf des neuen Heiligen wanderte über die Wüste. Immer mehr Beduinen kamen, immer größer wurde der Ruf des Weli und wer etwas auf sich hielt zwischen Deir es Zor und Palmyra, mußte eine Pilgerfahrt zum Grab des neuen Weli machen.

Auch der Herr des entlaufenen Dieners entschloß sich zur Reise; feierlich gestimmt, festlich angetan, wanderte er durch die Wüste, betete am Grabe, trat in das Haus des Wächters ein — und fand dort seinen Diener.

Starr sah er ihn an. «Hassan», begann er dann sanft, aber mit drohenden Blitzen in den Augen, «Hassan, wer liegt in dem Grab?»

Der Diener ermannte sich: «Ich werde es dir sagen, Scheich, wenn du mir sagst, wer der Weli ist, der im Grabe liegt, das du bewachst. Schwöre es mir.» Der Scheich schwor, und Hassan sagte mutig: «Der Esel, den ich dir gestohlen habe, liegt hier begraben».

Der alte Scheich blieb lange stumm. «Und wer ist im Grab deines Weli begraben?» fragte endlich der Diener scheu. Der Scheich aber antwortete: «Allah ist groß — mein Weli ist der Vater deines Esels».

p. h.:

Emigranten-Assimilation der Literaten

Die Tschechoslowakei ist, seit Hitler in Deutschland regiert, nicht zu beneiden. Die «Weltbühne», der publizistische Sammelpunkt alles dessen, was den schmalen Steg vom Asozialen ins Kommunistische durchschreiten will, ist nach Prag übersiedelt. Die israelitischen Literaten des deutschen Sprachgebietes von Ost und West halten unentwegt und mit der bekannten Beharrlichkeit im selben Prag Vorträge, wobei sie natürlich auch nicht an Brünn vergessen, wo es ja auch Juden gibt, und an alle die anderen Städte, die unsere Brüder in der Tschechoslowakei beherbergen. Die bekanten Figuren des deutschen Schrifttums israelitischer Deszendenz Jakob Wassermann, Anton Kuh, Theodor Lessing bereisen jetzt das Land, wobei ihnen Mitstreiter heimischer böhmisch-mährischer Prägung assistieren.

Es ist nicht schwer zu erraten, was sie, die Literaturreisenden, in ihrer Musterkollektion mitführen; was eben heute «aktuell» ist und «zieht»: die Judenfrage in Deutschland.

Nun sollte man meinen, daß diese Repräsentanten jener deutsch-jüdischen Schicht, auf die es bei der vor unseren Augen abrollenden Tragödie in Deutschland in erster Linie ankommt, ein wenig in sich gegangen seien, daß sie endlich den Zusammenbruch einer geübten Le-

Jabotinskys große Rede in Wien

Die neue Rolle der nationalen Fonds - Die Tragödie in Ruretanien - Der große arabisch-europäische Interessenkonflikt - Der 18. Zionisten-Kongreß

Wir haben in unserer vorigen Nummer die große Rede Vladimir Jabotinskys vom 25. Mai im Großen Konzerthaussaal in gedrängter, indirekter Form wiedergegeben. Im nachstehenden bringen wir nun einen weiteren Auszug aus seiner Rede.

Mein Thema ist ein wenig phantastisch. Wir befinden uns bereits im Jahre 1953. Palästina ist bereits aufgebaut. Und ich will als Historiker Ihnen erzählen, wie und mit welchen Mitteln dieser Entwicklungsprozeß, der aus Palästina einen Judenstaat gemacht hat, sich vollzogen hat.

Im Zeitraum von 1933 bis 1938 hat sich vor allem in der zionistischen Bewegung vieles grundlegend geändert. Der Keren Hajessod, der vorher ausschließlich die nationale Kolonisation gestützt hatte, war in einen Kreditgarantiefonds umgewandelt worden. Privates Kapital strömte in großen Mengen ins Land, so daß die frühere Funktionen des Aufbaufonds eine andere geworden war. Eine ebensolche Reform wurde beim Keren Kajemeth durchgeführt. Seine Hauptaufgabe galt nicht mehr der Erlösung des Bodens wie bisher, sondern vielmehr der Erlösung des Wassers. So wurden die modernsten Bewässerungsmethoden in Anwendung gebracht, die darauf hinzielten, aus dem wasserarmen Palästina ein wasserreiches zu machen. In steinernen Bassins, die zwischen den Gebirgslinien des Landes gebaut waren, wurde das Regenwasser aufgefangen und durch Röhrenanlagen, Zisternen und Talsperren den Feldern zugeführt. Die Wasserquellen des Jordans und des Kinerethsees sind ebenso ausgenützt worden wie die des Jarmuk und des Tiberiassees. Das machte eine intensive Landbewirtschaftung möglich, durch die die Ertragbarkeit des Bodens eine ungewöhnliche Steigerung erfuhr. Die Entwicklung der Orangenproduktion hat eine unvorstellbare Höhe erreicht. Etwa sieben Millionen Kisten Orangen pro jahr wurden exportiert. Es entwickelte sich eine eigene Orangen-Kistenindustrie. Ja, eine spezielle jüdische Schiffslinie mußte für den Orangentransport ins Ausland errichtet werden. Die Juden in der Diaspora wieder haben diesen Aufschwung Palästinas auch dadurch besonders zu fördern begonnen, indem sie für die Verbreitung der Palästinaprodukte («Tozereth Haaretz») in aller Welt sorgten.

Im selben Zeitraum ist auch das Prinzip der nationalen Arbitrage realisiert worden. Zur Schlichtung sozialer Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden Schiedsgerichtskommisionen, paritätisch beschickt, eingesetzt, die den sozialen Frieden des Landes sicherten. Trotzdem sind in diesem Zeitraum nicht mehr als hunderttausend Juden ins Land eingewandert. Dieses Tempo hätte sich wahrscheinlich nicht viel geändert, wenn nicht im Jahre 1933 die jüdische Tragödie in «Ruretanien», einem Lande im Herzen Europas, das Judentum in der ganzen Welt aufs tiefste erschüttert hätte. In diesem Lande hatte sich in jenen Tagen eine fürchterliche Katastrophe zugetragen, deren Opfer über eine halbe Million jüdischer Menschen geworden war. Die Katastrophe wirkte umso tragischer, als sie einen Teil des Judentums betraf, das wie in keinem Lande der Welt durch seine Leistungen auf den verschiedensten Gebieten dem Wirtsvolke zu seinem Ruhme in aller Welt mit unerhörtester Hingabe verholfen hatte, das auf eine sechs Generationen hindurch währende Assimilation grausamsten Dank durch rücksichloseste Vernihtung und Deklassierung erhielt.

Die Tragödie der Juden in diesem Lande mit höchster europäischer Zivilisation wur zugleich das Ende der Lüge Assimilation, denn hier war das Assimilationsexperiment am weitesten fortgeschritten, es konnte sich so geben, als wäre es restlos geglückt. Die in der modernen Kulturgeschichte einzig dastehende elementare Katastrophe rüttelte das Weltgewissen in besonderem Maße auf. Insbesondere aber fanden diese Erschütterungen bei den Juden selbst ihr gewaltiges Echo. In der ganzen Welt setzte eine von den Zionisten organisierte Petitionsbewegung des gesamten Judentums ein, die auf eine unbeschränkte Oeffnung der Tore Palästinas hinzielte. Durch Meetings und Demonstrationen, die gleichzeitig in jedem Lande von den Juden veranstaltet wurden, wurde der Forderung Nachdruck verliehen, daß die Oeffnung Palästinas für eine jüdische Masseneinwanderung das einzige Mittel zur Lösung der Judenfrage sei. Gleichzeitig setzte eine gewaltige sogenannte illegale Einwanderung nach Palästina ein. Die Grenzen Palästinas, durch welche ein reger Menschenschmuggel betrieben wurde, der für die Betroffenen oft von unheilvollen Begleiterscheinungen war, war der Schauplatz permanenter Skandale, die das Augenmerk der ganzen Welt auf sich lenkten. Auch diese Erscheinung war ein Mittel im Kampfe zur Durchsetzung der Forderung nach Verstärkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina.

Der Ablauf des nächsten Fünfjahrplanes von 1938 bis 1943 sieht bereits einen gewaltigen Aufschwung des Landes vor. Eine alte Forderung der Zionisten ist bereits erfüllt. Die Agrarreform ist durchgeführt, durch welche den Juden große Staatsländereien zur Verfügung gestellt wurden. Ebenso hat eine internationale Anleihe dem Aufschwung des Landes große Dienste geleistet. Im Laufe dieses Zeitraumes sind 200.000 Juden neu ins Land gekommen.

In Palästina ist bereits ein Parlament geschaffen, das allerdings von den Juden boykottiert wird. Es zeigt sich aber bald, daß das einzige Ziel der arabischen Parlamentspolitik, die Verwirklichung der panarabischen Idee, die Schaffung eines Großarabiens, gegen die Interessen der Europäer gerichtet war. Die Engländer erkennen die Gefahr, die für die europäische Machtsphäre im Orient damit verbunden ist, den Weg durch den Suezkanal nach Ostindien, China, Japan usw. zu verlieren. Das Parlament wird aufgelöst und die Folge sind Aufstände in Palästina, Syrien und Mesopotamien.

Im gleichen Maße wie die palästinensischen Araber in Erkenntnis, daß die jüdische Position im Lande eine so starke geworden ist, daß sie nicht mehr wegzudenken ist, von ihrer bisherigen antijüdischen Politik abgehen und resignieren, wächst die panarabische Bewegung unter der Führung von Ibn Saud in der arabischen Welt gewaltig an. Diese muß konsequenterweise zu einem blutigen Krieg gegen Europa führen. Die erste Etappe in diesem Feldzug gegen Europa gilt für die außerpalästinensischen Araber, das jüdische Palästina. Die Juden in Palästina sind für sie die Exponenten europäischer Kultur. Der Kampf wird gegen die Juden in Palästina eröffnet. Es kommt zu einem arabisch-jüdischen Zusammenstoß, der die blutigen Geschehnisse von 1929 weit in den Schatten stellen. Der Kampf gegen die arabische Welt wird in seiner ganzen Bedeutung für Europa erfaßt und die Juden werden in ihrer Abwehrstellung in Palästina unterstützt. Schon vorher hatten die Zionisten durch Wehrhaftmachung großer Teile ihrer Jugend gesorgt, daß der jüdische Selbstschutz gegebenenfalls innerhalb kürzester Zeit in Aktion treten konnte. Und wie im Jahre 1917 werden die Juden auch jetzt in selbständigen Militärformationen in den Kampf Europas gegen Arabien mit hineingezogen. Der arabische Angriff wird abgewehrt. Die bei dieser Kampfgelegenheit in Aktion getretene jüdische Legion bleibt als erste jüdische Militärgarnison für den Schutz des Landes erhalten.

Das letzte Jahrzehnt 1943 bis 1953 ist eine Periode, die ausgezeichnet ist durch einen außerordentlichen Aufschwung des Landes, bedingt durch die wunderbarsten Schöpfungen auf dem Gebiete der Technokratie. Von 1943 bis 1948 kamen 300.000 Juden, in den fünf Jahren bis 1953 über eine halbe Million Juden ins Land.

Landwirtschaft und Industrie entwickeln sich in gewaltigem Maße. Aber sie werden von dem Aufschwung des Handels in den Schatten gestellt. Der Handel nimmt den ersten Platz ein. Hunderte Millionen Einwohner aus Indien und China geben neue Absatzmärkte ab, dorthin schickt die ganze Welt ihre Produkte, die ihren Weg durch Palästina nehmen, das der Kreuzungspunkt der Welt geowrden ist. Palästina ist die Hauptstation des Welthandels geworden, dazu prädestiniert, durch seine ausgezeichnete geographische Lage und das Handelsgenie des jüdischen Volkes, das auf seinem Boden Wurzel gefaßt hat. Der Handel — dieser wichtigste Faktor der Zivilisation — hat für Palästina Möglichkeiten geschaffen, die vorher als Utopien bezeichnet werden mußten.

Jährlich strömen jetzt hunderttausend Juden ins Land. Palästina hat bereits eine jüdische Mehrheit. Die Idee des Judenstaates ist verwirklicht, der Uebergang zum Judentum ist vollzogen.

Die Lösung der Judenfrage, die durch Schaffung der jüdischen Mehrheit in Palästina zu beiden Seiten des Jordans in Angriff genommen wurde, kann jetzt in vollem Umfang ins Werk gesetzt werden. Die neue Technik schafft Raum für weitere Millionen Juden.

Nun da meine Rückschau vom Jahre 1953 beendet ist, kann ich Ihnen sagen, was diesse großartige Entwicklung ermöglicht hat: das Programm des Zionismus-Revisionismus, das ich Ihnen hier in dieser Rückschau entwickelt habe.

Der 18. Zionistenkongreß kann durch Akzeptierung dieses Programms den Anstoß zu dieser Entwicklung geben, wenn auf ihm eine überwältigende Judenstaatsmehrheit die Zügel in die Hand bekommt. Der Augenblick ist da, Großes zu fordern. Hüten wir uns davor, ihn zu verpassen. Hüten wir uns davor, einem Bettler gleich nur einen Groschen zu verlangen — ein Zertifikat.

benschaltung und einer gehegten Ideologie als solchen anerkennen. Nichts von alledem. Einige Stilblüten aus ihren Vorträgen illustrieren das. Anton Kuh meint immer noch,

> daß das Bedürfnis, Kant im Tornister zu tragen, und nach einer sittlichen Mission gerade Deutschland so isoliert und verhaßt mache, daß es als Produkt der Geschichte unfrei, einem metaphysischen Helotentum verfallen und an die Hundekette der Moral gebunden sei, daß es kein deutsches Sprachbewußtsein besitze, und daß es schließlich heute von autonom gewordenen Lakaien, von Beamtenseelen einer Diktatur unterworfen sei, derer sich die Weltgeschichte einmal schämen werde. Das Judentum in seiner hohen Auffassung über die Verbindung des Nationalen mit einem wirklichen Dasein sei natürlich von diesen Elementen als lästige Verkehrsstörung empfunden worden.

Abgesehen von der Präpotenz der nicht anders als dumm zu bezeichnenden Abkanzelung eines Volkes, das ein Israelitenliterat mit dem deutschen Assimilationsattribut wie Kuh einfach nicht versteht, fällt hier neben dem «Witz» vom «Fehlen des deutschen Sprachbewußtseins» bei den Deutschen die zynische Sorglosigkeit auf, für die Not und Pein eines jüdischen Volksteils nichts anderes als eine «lästige Verkehrsstörung» für die heutigen Deutschen ist. Nur die Erkenntnis, daß das Judentum die hohe Auffassung vom Nationalen mit einem «wirklichen Dasein» habe, wirkt entwaffnend, wenn man weiß, daß Kuh natürlich mit «national» deutsch-national und nicht etwa jüdisch-national meint und mit «wirklichem Dasein» natürlich das deutsche Dasein.

Deutlicher, weil naiver und weniger «witzig-analytisch», offenbart sich die Sehnsucht des «jüdisch-deutschen» Literaten nach Wiedererlangung der Assimilationsfleischtöpfe in Aegypten—Deutschland bei Theodor Lessing. Dieser «Zionist», der die helle Freude aller Kompromiß- und Versöhnungszionisten in Berlin und Prag war, ruft laut Deutschland zu «seine Rechte möge verdorren, wenn er Deutschlands vergesse», so daß sogar ein so lammfrommes Zionistenblatt wie die Prager Selbstwehr bei Besprechung seiner Vorträge bekennen muß:

> «Seine Ausführungen decken jedoch einen ideologischen Widerspruch auf, da er sich durch innige Verbundenheit mit Sprache und Landschaft als Deutscher bekannte und schließlich auch die Hoffnung aussprach, gleich anderen mitgezogenen guten Deutschen einstens wieder zurückgerufen zu werden. Das dadurch hervorgerufene innere Befremden, das sichtlich auch die deutschgesinnte Zuhörerschaft größtenteils erfaßte, konnte auch dann nicht überwunden werden, als Lessing zündende Worte über ein freies jüdisches Volk auf jüdischem Boden in Erez Israel fand.

Während die beiden, Kuh und Lessing, sich immerhin noch verpflichtet fühlen, ihre Ware (Judenfrage in Deutschland) offen feilzubieten, macht es sich Jakob Wassermann viel leichter, jener Wassermann, der außer als «Deutscher und Jude» (Titel eines Bekenntnisbuches) noch bekannt ist in der jüdischen Welt außerhalb Deutschlands durch einen denkwürdigen Vortrag im Vor-Hitler-Deutschland, in welchem er die Ostjuden als Parasiten und kulturfeindliche Rotte bezeichnete. Dieser Wassermann gab in Prag eine «Darlegung seines eigenen dichterischen Schaffens». Er sprach von Erlebnissen der Ahnen und Erlebnissen des Individuums, ließ aber die Ahnen rasch Ahnen sein und breitete sich über die «deutsche Landschaft» aus. Darüber befragt, was es mit den Ahnen an diesem Abend sei, meinte er, er wolle an einem literarischen Fest denn doch seine Ruhe haben. Das jüdische Publikum sah sich also gefoppt. Dafür aber entschädigte es Max Brod, der Zionist, der den deutsch-asssimilatorischen Kollegen einleitend als jüdische Persönlichkeit ganz großen Stils feierte, ihm, mit einem Seitenblick auf Hitler, das Zitat zurief: «Das Wort sie sollen lassen stahn». Dieses Zitat charakterisierte er folgerichtig als «guten Protestantismus».

Damit aber das Bild der «deutsch-israelitischen» Literatenverwirrung mit der leisen brith-schalomistisch-«zionistischen» Nuance sich runde, mußte es in Ragusa den Pen-Kongreß der Schriftsteller geben. Dort in Ragusa gab es allerlei Mißliches mit der deutschen Delegation. Aber auch mit der österreichischen, die geführt wurde von Felix Salten und Grete Urbanitzky. Während über das Verhalten der Grete Urbanitzky, von der man sich in Wien über ihre waschecht jüdischen Ahnen nur eindeutiges erzählt, ziemliche Klarheit herrscht, weiß man vom Verhalten des Herrn Salten nichts rechtes. Man wird nicht klar aus den Berichten. Er soll die deutsch-hakenkreuzlerische Delegation unterstützt haben und auch nicht. Die Wiener «Arbeiter Zeitung», in der, so sagt man, auch Israelitenliteraten sitzen sollen, war dem vom sozialdemokratischen Bürgermeister zum Bürger der Stadt Wien ernannten Dichter anfangs sehr böse, söhnte sich aber dann wieder aus. Allerdings einen Vorwurf hält sie aufrecht. Sie schreibt: «Warum nur ein Bekenntnis zum Judentum und nicht zum Geist überhaupt, für den er (Salten) hätte agieren müssen?»

Salten hatte nämlich in einer Zuschrift geschrieben, er sei nach wie vor Jude und habe sich wie immer und überall auch in Ragusa zum Judentum bekannt.

Nun, das Debakl der jüdisch-assimilatorischen Welt deutscher Provenienz wird immer größer. Die jüdische Emigrantenassimilation wird es im Exil voraussichtlich nicht weiterbringen als in ihrem Ursprungsboden.

Palästina meldet:

Wieder ein Ueberfall auf den Brit Trumpeldor

Jerusalem, 1. Juni. Während der Schewuot-Feierlichkeiten, die im ganzen Land durchgeführt wurden, ereignete sich wieder ein schwerer Ueberfall auf den revisionistischen Brit Trumpeldor. Angehörige der sozialistischen Histadrut überfielen wiedereinmal eine friedlich marschierende Betargruppe. Der Ueberfall hatte einige Verhaftungen durch die Polizei zur Folge.

Die Araber, vom sozialistisch-jüdischen Beispiel angeregt, beteiligten sich durch Steinwürfe an dem Ueberfall auf den Brit Trumpeldor.

Einwanderung im April

Jerusalem, 1. Juni. Im Monat April sind in Palästina 2110 Einwanderer gelandet, darunter 1827 Juden. 147 jüdische Einwanderer gehören der Kategorie der Bemittelten an.

Das neue Stadtverwaltungsgesetz

Jerusalem, 2. Juni. Eine jüdische Delegation intervenierte jüngst beim Hochkommissar-Stellvertreter im Zusammenhang mit dem neuen Stadtverwaltungsgesetz.

Die jüdische Delegation verlangte eine Modifizierung des Gesetzes dahingehend, daß autonome jüdische Selbstverwaltungen in Städten mit gemischter Bevölkerung geschaffen werden.

Arbeit für die deutschen Juden

Viele jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, die in Palästina Zuflucht gefunden haben, haben mit Erfolg einen Berufswechsel vorgenommen und sich physischer Arbeit gewidmet. So haben 28 Kaufleute und 9 Personen mit freien Professionen in der Landwirtschaft und in Werkstätten Beschäftigung gefunden.

Viele Frauen mit Hochschulbildung haben Posten als Hauswirtschafterinnen und Kinderwärterinnen angenommen.

In den jüdischen Kreisen werden Pläne erwogen, die einer größeren Anzahl deutsch-jüdischer Intellektueller in ihren ursprünglichen Berufen Arbeit verschaffen sollen.

Wochen-Rundschau

Das Exempel der Bernheim-Petition

Am 30. Mai hat es in Genf eine große Judendebatte gegeben. Die Petition Bernheim, die Beschwerde führt wegen Bruchs der polnisch-deutschen Konvention über die Minderheiten, stand zur Verhandlung und gab Anlaß, das den Juden widerfahrene Geschick im großen Deutschen Reich noch einmal in den Spiegel internationaler Betrachtung zu stellen. Das deutsche Judenschicksal hat schon vorher ein Echo gefunden, dessen internationaler Charakter nicht zu verkennen war, angesichts des Zusammenklangs der mißbilligenden und verurteilenden Stimmen und Stimmungen, die in den einzelnen Parlamenten und durch Enunziationen einflußreicher Staatsmänner außerhalb Deutschlands zum Ausdruck kamen. Aber die Stimme des Völkerbunds selbst, der wie die Dinge auch liegen mögen, immerhin der Resonanzboden der Völkeransichten ist, hat es in die verpflichtende internationale Atmosphäre gestellt.

Die Sache der oberschlesischen Juden hat so ohne Zweifel einen großen moralischen Erfolg erzielt, wenn es auch zweifelhaft ist, ob dieser sich zu einem gleichwertigen praktischen wird auswirken können.

Darüber hinaus aber ist der 30. Mai ein Exempel für etwas, was der politische Zionismus den Juden seit Jahrzehnten gepredigt hat, ein Exempel für den politischen Charakter der Judenfrage.

Wo immer Juden Leid widerfährt, wo immer ihnen verbriefte Rechte tangiert werden, dort sind die Methoden des politischen Drucks anzuwenden, wenn es Hilfe überhaupt geben soll.

Der Notstand des jüdischen Volkes ist in dieser Völkerbunddebatte anerkannt, die wichtige Prämisse zur Schlußfolgerung „Lösung der Judenfrage" erkannt worden. Der Völkerbund, der juridische Sachwalter des Mandatsgebietes Palästina wird nach dieser Feststellung einen Schritt weitergehen müssen. Er wird erkennen müssen, daß das Judenproblem mit einem Oberschlesien betreffenden Wahrspruch nicht aus der Welt geschaffen ist, sondern daß das Paradigma Oberschlesien auf etwas hinweist, das das Judenproblem wirklich lösen kann: auf Palästina.

Das Exempel der Bernheim-Petition war also im doppelten Sinne nutzbringend. Es hat den Juden gezeigt, daß Schweigen und Sich-Ducken einem unglücklichen Volk nicht frommt, der internationalen Welt, daß etwas faul ist in den bisherigen Methoden, die bei Behandlung der Judenfrage angewendet wurden.

Andere Laender — andere Methoden

In Palästina überfallen bewaffnete Terrorgruppen einzelne Betarim bei der Arbeit und verwunden sie schwer. Dort überfällt man ganz friedliche Gruppen wehrloser Mädchen und Kinder, nur weil sie dem Betar angehören, der Bewegung, die sich dem Diktat des Klassenkampfes und Klassenhasses nicht willig beugt.

Auch in Polen kämpft man natürlich gegen den Revisionismus und den Brit Trumpeldor Dort durch unerhörten Terror, der durch Vorenthaltung von Zertifikaten die Einreise nach Erez Israel unmöglich machen soll.

In der C. S. R. läuft „Moschko" (der sich jetzt ein „zionistisches" Gewand umgetan hat) zum christlichen „Poriz" und bittet ihn, in hündischem Verrätertum, die Einreise des „Faschisten" Jabotinsky zu verbieten, da dessen Vorträge für den tschechoslowakischen Staat gefährlich seien.

Andere Länder — andere Sitten! Auch unsere „Gesinnungsgenossen" in Oesterreich haben ihre Methode.

Bekanntlich erhalten die verschiedenen zionistischen Parteien ihre Schekalim nicht direkt von der Zionistischen Exekutive, sondern von lokalen Landesorganisationen. Dies nützen unsere „Allgemeinen", wie nicht anders zu erwarten, zu einer „Offensive" gegen den Revisionismus aus. Unter Zuhilfenahme verschiedenster Ausflüchte versucht man, ‚oben" die Revisionisten an der Durchführung der Schekelkampagne zu hindern, indem man die Ausgabe von Schekalim verweigert. Dieselben Herren, die in mitunter possierlicher Hysterie nach Wahrung der Demokratie im Zionismus schreien, begehen unbedenklich Handlungen, die ärgstem Terror und schlimmster Parteidiktatur gleichkommen.

Einige Episoden aus der „Praxis" der Herren vom österreichischen zionistischen Landeskomitee: Vergangenen Freitag sprach ein bekannter Revisionist im Landeskomitee vor und ersuchte um Ausfolgung von Schekelheften, wobei er sich sogar bereit erklärte, die Schekalim, die ihm ausgefolgt werden sollten, bar zu bezahlen. Glatte Verweigerung, eine Flut von Beschimpfungen und die Androhung des Hinauswurfs waren die Antwort unserer „Machthaber".

Ein anderer revisionistischer Gesinnungsgenosse, der lediglich für eine Studentenkorporation, dessen Chargierter er ist, Schekalim anforderte, wurde in nicht minder beleidigender Weise abgewiesen.

Der Mann, der sich eines solchen Benehmens befleißigt, ist ein ganz prominenter „Allgemeiner".

Ein anderer, ein zwar nicht so prominenter, aber nicht weniger forscher Herr, drohte gar mit Brachialgewalt. Als einzelne Betarim kamen, um gegen Bargeld Schekelhefte zu kaufen, erklärte er, er werde den nächsten Betari, der Schekalim verlangen sollte, mit Gewalt entfernen lassen.

Wir überlassen ruhig das Urteil über ein solches Vorgehen der zionistischen Oeffentlichkeit. Aber eines wollen wir den Herren doch sagen: Auf diese Weise wird man eine Bewegung wie den Revisionismus gewiß nicht aufhalten.

Der Revisionismus hat in alteingesessene Parteien eine Bresche geschlagen, hat die jüdischen Massen aufgerüttelt und ihnen wieder Ziel und Richtung gegeben.

Das österreichische zionistische Landeskomitee wird darin gewiß keinen Wandel schaffen — auch nicht durch Verweigerung von Schekalim und durch Methoden, die Balkanpaschas alle Ehren machen würde.

Ein vielsagender Entscheid

Warschau, 5. Juni. Die heutige Nummer des Warschauer «Hajnt» berichtet über einen von der Londoner Zionistischen Exekutive gefällten Entscheid in der Frage der revisionistischen Vertretung im Warschauer Palästinaamt. Das Blatt schreibt:

Der Streit, der seit einiger Zeit zwischen beiden Gruppierungen des Revisionismus um die Vertretung im Zentralen Palästinaamt Polens geht, ist heute endgiltig zugunsten der legalen revisionistischen Weltexekutive entschieden worden.

*

Unsere Leser können aus den ausführlichen Darlegungen des Präsidenten der revisionistischen Weltunion Vladimir Jabotinsky ⟨Seite 3 der vorliegenden Nummer⟩ ersehen, welche Bewandtnis es mit dieser «legalen Exekutive» hat, die so plötzlich den Schutz der Offiziellen genießt.

Sollte sich am Ende eine Koalition Großmann—Locker ankündigen? Es wäre überaus amüsant, wenn man bald von «Revisionisten» aus Arlosoroffs Gnaden sprechen könnte. ⟨Die Red.⟩.

Der jüdische Hochschulausschuß teilt mit, daß seine Palästinareise Ende August stattfindet.

Auskünfte und Anmeldungen sind Montag, Mittwoch und Freitag in der Zeit von 1—2 Uhr bei Dr. Dezsö Weisz vorzunehmen.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse 10. — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße 21, Telefon A-16-1-14

Haifa und der Libanon

Im Pariser „Le Temps" ist unter obigem Titel ein Aufsatz erschienen, der die Perspektiven behandelt, die sich aus dem Haifaer Hafen für das französische Mandatsgebiet ergeben. Die vorgesehen Anwesenheit des Prinzen von Wales, schreibt das Blatt, bei der Eröffnung des Hafens in Haifa zeigt die große Bedeutung an, die man in England der Hafeneinweihung zuschreibt, die die Krönung der englischen, seit dem Krieg planmäßig geführten Orientpolitik bedeutet. Der neue Hafen wird durch seine Zweckmäßigekit, seine Größe und Einrichtung einer der wichtigsten Schiffverkehrspunkte im östlichen mittelländischen Meeresbecken werden. Die ungewöhnlichen Vorzüge Haifas, seine natürliche Lage und die englische Initiative, die Haifa zum Endpunkt der Hauptröhrenleitung von Mossul und zum Ausgangspunkt nach Bagdad und Teheran gemacht hat, werfen es in ein Zentrum des internationalen und des britischen Handels in Kleinasien verwandeln. In weniger als drei Jahren hat britisches und jüdisches Kapital einen Tiefwasserhafen von 50 Hektar Größe und höchst bemerkenswerter maschineller Ausstattung geschaffen der für eine großartige wirtschaftliche Entwicklung berechnet ist. Gleichzeitig ist auch die Elektrifizierung des Landes mit Hilfe des Jordan-Elektrizitätswerkes und der große Bahnbau nach Haifa in Angriff genommen worden.

Für das französische Mandatsgebiet, schreibt „Le Temps" weiter, besteht unter solchen Umständen die Gefahr, daß Haifa nicht nur den Handel des palästinensischen „Hinterlandes", sondern auch den ganzen Handel der Westländer, des Iraks und Persiens, zweier Länder mit voraussichtlicher Entwicklung, an sich reisse.

Da nun der Libanon und Syrien überdies unter der Krise schwer leiden, während Palästina, insbesondere in der Küstengegend, aber auch in bedeutendem Maße im Inneren, großen Wohlstand zu verzeichnen hat, ist die Aussicht vorhanden, an Nordpalästina einen großen Teil des Handels, den die Libanon-Einwohner seit Jahrhunderten betreiben, zu verlieren, was dem französischen Mandatsgebiet schwere Sorge bereitet. Deshalb müsse Frankreich so schnell wie möglich, Maßnahmen ergreifen, um die wirtschaftliche Erdrückung seines Mandatsgebietes durch Palästina zu verhindern.

Das Blatt schlägt am Schluß seiner Ausführungen, die für den glänzenden Stand des heutigen Palästina und seine großartige Entwicklungsmöglichkeit Zeugnis ablegen, allerlei Pläne zur Ausgestaltung Beiruts vor, auf daß dieses mit Haifa konkurrieren könne.